

# UNITED FOR A JUST FUTURE

IndustriALL Global Union 3rd Congress  
14-15 September 2021

## EntschlieÙung zur Unterstützung der Demokratie in Myanmar

Der Industriearbeiterverband von Myanmar (IWFM), der dem Gewerkschaftsbund von Myanmar (CTUM) angeschlossen ist, möchte dem IndustriALL-Kongress, der vom 14. bis 16. September 2021 stattfindet, diese EntschlieÙung zur Genehmigung vorlegen.

Am 1. Februar 2021 führte ein Putsch des Militärs in Myanmar zur Verhaftung der demokratisch gewählten Führungspersonen der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), Win Myint und Aung San Suu Kyi, sowie zahlreicher anderer politischer Führungskräfte, und das nur einige Stunden vor der Vereidigung des neuen Parlaments und der Bildung eines neuen Kabinetts. Seitdem hat die Militärjunta in Myanmar Politikerinnen, Politiker, Aktivistinnen, Aktivisten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verhaftet, getötet und Gewalt gegen sie ausgeübt.

Im ganzen Land nahmen mehrere hunderttausend Bürgerinnen, Bürger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an friedlichen Demonstrationen teil. Die Gewerkschaften spielten eine zentrale Rolle bei der Organisation dieser Bewegung des zivilen Ungehorsams gegen den Militärputsch, die brutalen Menschenrechtsverletzungen, die außergerichtlichen Hinrichtungen, Verhaftungen und Vergewaltigungen, die Zerstörung und das Inbrandsetzen von Dörfern, Krankenhäusern und Kirchen. Mindestens 945 Menschen wurden vom Militär getötet, über 7.000 Menschen wurden verhaftet und mehr als 1.900 Haftbefehle ausgestellt.

Hunderttausende haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren (mindestens 250.000 in der Bekleidungsindustrie, 500.000 in der Bauindustrie, 125.000 Lehrerinnen und Lehrer sowie 65.000 Beschäftigte im Tourismussektor). Gewerkschafterinnen, Gewerkschafter, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die an den Demonstrationen teilnehmen, werden vom Militär verfolgt. Viele Führungspersonen der Gewerkschaften mussten untertauchen, mehrere wurden verhaftet, und vielen wurden die Pässe entzogen. Die Menschen werden nachts aus ihren Häusern gezerrt und verhaftet. Im Militär- oder Polizeigewahrsam werden sie brutal gefoltert – oft mit Todesfolge. Viele Betriebe und Industriegebiete wie Hlaing Thar Yar und Shwepyitha wurden vom Militär angegriffen. Die UNO schätzt, dass seit dem 1. Februar 200.000 Menschen vertrieben wurden.

Das Wiederaufflammen der Covid19-Pandemie wird vom Militär als Vorwand für weitere repressive Maßnahmen gegen Ärztinnen, Ärzte, Krankenschwestern, Krankenpfleger und Gesundheitspersonal genutzt, die sich auf die Seite der demokratischen Opposition gestellt haben. Krankenhäuser wurden geplündert und Freiwillige verhaftet. Das Militär blockiert die Lieferung von Medikamenten aus dem Ausland und beschlagnahmt Sauerstoffflaschen. Viele

Krankenhäuser wurden geschlossen oder unter Kontrolle des Militärs gestellt. In den Gefängnissen werden politische Gefangene Covid19 ausgesetzt.

In vielen Bekleidungsfabriken arbeiten die Beschäftigten, meist Frauen, ohne jegliche Schutzausrüstung, und mit Covid19 Infizierte arbeiten weiterhin Seite an Seite mit den anderen Personen.

Da 60% der Gesundheitseinrichtungen nicht funktionsfähig sind, ist es nicht möglich, lebensrettende Impfungen gegen Covid19 und andere Krankheiten durchzuführen. Expertinnen und Experten für öffentliche Gesundheit in Myanmar sagen voraus, dass sich 50% der Bevölkerung des Landes mit den Alpha- oder Delta-Varianten von COVID-19 infizieren könnten, wenn nicht sofort Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden.

UN-Generalsekretär Guterres verurteilte „die anhaltend brutale Gewalt des Militärs in Myanmar“ und bekräftigte, dass „die UNO weiterhin das Volk von Myanmar und seine Bestrebungen, ein friedliches, stabiles und wohlhabendes Myanmar zu erreichen, unterstützt“ und forderte außerdem eine „entschlossene und unmissverständliche internationale Reaktion“ und „dass den Verletzungen der grundlegenden Menschenrechte ein Ende gesetzt wird, um wieder auf den Weg der Demokratie zurückzukehren“.

Kürzlich von internationalen Organisationen veröffentlichte Daten sind äußerst beunruhigend:

- Die Weltbank betont in ihrem Myanmar Economic Monitor vom Juli 2021, dass die Kombination aus dem Militärputsch und der Covid19-Pandemie im Jahr 2021 zu einem Rückgang des BIP um 30% führen wird.
- Das UNDP erklärte, dass in naher Zukunft 25 Millionen Menschen, fast die Hälfte der 54 Millionen Einwohner, in absoluter Armut leben werden.
- Die ILO hat berechnet, dass „in der ersten Hälfte des Jahres 2021 etwa 14% der Arbeitsstunden verloren gegangen sind, was der Arbeitszeit von mindestens 2,2 Millionen Vollzeitbeschäftigten entspricht. Die rund 6%ige Schrumpfung der Wirtschaft im zweiten Quartal 2021 wird zu einem Verlust von 1,2 Millionen Arbeitsplätzen führen. Frauen sind stärker von den Arbeitsplatzverlusten betroffen als Männer. Die am stärksten betroffenen, kritischen Branchen sind das Baugewerbe, die Bekleidungsindustrie, der Tourismus und das Gastgewerbe, die einen Rückgang von etwa 35%, 31% bzw. 25% verzeichneten, wobei die relativen Verluste an Arbeitsstunden noch höher ausfielen.

Da die Gewalt des Militärs gegen die friedlich Demonstrierenden eskaliert, weisen die Gewerkschaften Myanmars erneut auf die dringende Notwendigkeit einer starken, koordinierten internationalen Aktion hin, um die politische, wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Not zu bekämpfen, die die Zukunft des gesamten Landes gefährdet.

Die Gewerkschaften Myanmars arbeiten in enger Abstimmung mit der kürzlich ernannten Regierung der Nationalen Einheit (NUG), der Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Parteien und ethnischer Gruppen angehören. Die NUG setzt sich für die Menschen in Myanmar, gegen die militärische Unterdrückung und die Zerstörung des gesamten Landes ein, ungeachtet der ethnischen und religiösen Unterschiede. Auch die Rohingya sind eingeschlossen, und die NUG hat sich verpflichtet, ihre Staatsbürgerrechte zu respektieren, was eine Grundvoraussetzung für ihre freiwillige, würdige und sichere Rückkehr ist.

Die Gewerkschaften Myanmars unterstützen die NUG, die in der UN-Generalversammlung für ihre Anerkennung und die volle Unterstützung durch alle UN-Regierungen kämpft.

Seit dem 1. Februar setzt sich der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechtslage in Myanmar für die Verabschiedung umfassender Wirtschaftssanktionen ein, um das Militär von seinen Einkünften abzuschneiden, seine Macht zu einzuschränken und es zum Rückzug zu zwingen. Einige Länder, darunter die Europäische Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten, die USA, Kanada und andere, haben Sanktionen gegen wichtige vom Militär kontrollierte Betriebe und gegen Unternehmen in den Bereichen Edelsteingewinnung, Holzverarbeitung und Bergbau verhängt. Gegen wichtige Führer der Junta wurden Finanzverbote und Reisebeschränkungen verhängt. Die Militärjunta ist stark von den Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor abhängig. Ein koordinierter internationaler Aufruf zum Boykott und zur Verhängung von Sanktionen gegen die Junta ist notwendig, um sie von ihren wichtigsten Einnahmequellen abzuschneiden.

Daher werden IndustriALL Global Union und ihrer Mitgliedsorganisationen:

- die Kampagne für umfassende Wirtschaftssanktionen gegen die Militärjunta in Myanmar unterstützen, indem sie dazu aufrufen:
  - dass Regierungen Druck auf multinationale Unternehmen und globale Marken ausüben, damit sie ihre Geschäftstätigkeit einstellen, sich von ihrem Unternehmen trennen, keine neuen Aufträge mehr erteilen und ihre Geschäftsbeziehungen zu Myanmar einstellen.
  - dass multinationale Unternehmen und globale Marken, die aus unseren Ländern stammen, ihre Aktivitäten in Myanmar einstellen, veräußern, keine neuen Aufträge mehr erteilen und ihre Geschäftsbeziehungen einstellen, unter der Bedingung, dass sie dabei die Rechte und Ansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahren und insbesondere sicherstellen, dass die Zulieferer den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Entschädigungen zahlen, wenn die Fabriken geschlossen werden, und zwar in engem Dialog mit den Gewerkschaften.
- Druck auf ihre nationalen Regierungen ausüben, damit sie umfassende politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen die Militärjunta (insbesondere in den Bereichen Öl und Gas, Versicherungen und Finanzen) sowie Sanktionen gegen die Militärkonglomerate fordern: MEC und MEHL sowie die staatliche Gas- und Ölgesellschaft: MOGE - gezielte Sanktionen gegen führende Militärs.
- Druck auf die Regierungen ihrer Länder auszuüben und zu fordern:
  - dass die NUG von der UN-Generalversammlung anerkannt wird.
  - dass die Militärjunta von Myanmar unverzüglich und bedingungslos alle politischen Führungspersonen, Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Gewerkschafterinnen, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten freilässt, die in Myanmar nur deshalb inhaftiert sind, weil sie ihre Menschen- und Arbeitnehmerrechte wahrgenommen haben.
  - dass alle Haftbefehle gegen Gewerkschafterinnen, Gewerkschafter, Aktivistinnen und Aktivisten zurückgezogen werden, denn sie haben ausschließlich friedlich agiert.
  - dass sie das Ende der Angriffe auf die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung in Myanmar verlangen.
  - dass sie die internationale Kampagne für ein umfassendes weltweites Waffenembargo unterstützen.
- IndustriALL alle Informationen über Verbindungen zu militärischen Geschäften in Myanmar zur Verfügung zu stellen, um diese weiter zu verfolgen.

- Ihre Regierungen dazu aufzufordern, über die NUG und die Gewerkschaften in Myanmar humanitäre Hilfe zu leisten.

IndustriALL wird ihre Aktivitäten weiterhin mit dem IGB und dem Rat der Globalen Gewerkschaften koordinieren, um die Schreckensherrschaft der Militärjunta wirksam zu bekämpfen und Myanmar wieder auf den Weg zu einer Demokratie zu bringen, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Vertretungen ihre Grundrechte wieder frei ausüben können.

